

# Hartz IV stoppen und zurücknehmen!

---

## **Anti-Hartz-Bündnis NRW fordert Erhaltung und Ausbau der Arbeitslosenhilfe! Gegen Hartz & Co., für Erhaltung und Ausbau der sozialen Errungenschaften!**

---

### **Die „Hartz-Gesetze“: Weniger Lohn, weniger Gehalt, weniger Rechte!**

Wenn man sich die sog. „Hartz-Gesetze“ genauer ansieht, läuft es einem kalt über den Rücken. Die Arbeitslosen werden in Arbeitsverhältnisse zu Niedrigstlöhnen, sogar unter dem Existenzminimum, gezwungen. Das sind keine „normalen“ Arbeitsverhältnisse; die Betroffenen haben nicht die normalen Rechte eines Arbeiters oder Angestellten, es gibt keinen Kündigungsschutz, sie können von einem Tag auf den anderen weggeschickt werden, die Bezahlung ist unter den üblichen Tarifen.

### **Auch und gerade die Beschäftigten sind betroffen!**

Viele Firmen werden rege Gebrauch davon machen, „normalen“ Arbeitnehmern zu kündigen und statt dessen die billigeren und rechtloseren Arbeitskräfte aus den sogenannten „PersonalServiceAgenturen“, die inzwischen geschaffen wurden, einstellen. Heute ist das feste Arbeitsverhältnis für die meisten Beschäftigten noch die Regel. Wenn die Hartz-Pläne umgesetzt werden, kann es genau umgekehrt werden: Nur eine Minderheit hat dann einen festen Arbeitsplatz, die meisten arbeiten befristet, sei es über Leiharbeitsfirmen oder über die sog. PersonalServiceAgenturen.

### **Durch die Hartz-Gesetze werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen!**

Denn was bei den Hartz-Gesetzen nicht vorkommt, ist Arbeitszeitverkürzung. Was bei den Hartz-Gesetzen nicht vorkommt, ist Abbau von Überstunden. Statt dessen wird mit den Hartz-Gesetzen die Lage der Beschäftigten wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik verschlechtert! Besonders die Lage derjenigen, die keine Arbeit haben, wird wieder einmal verschlechtert. Versicherungsleistungen, für die hohe Beiträge gezahlt worden sind, wurden gekürzt oder weitgehend gestrichen. Hartz IV – die Streichung der Arbeitslosenhilfe ab Anfang 2005 – bedeutet, daß den Arbeitslosen etwa 10 Milliarden Euro im Jahr genommen werden. Diese Streichung wird massenhafte Armut und Verelendung vieler Menschen zur Folge haben.

### **Hartz IV: Ein Gesetz zur Konjunkturabwürgung!**

Diese Streichungen sind zugleich ein Programm zur Konjunkturabwürgung. Jeder Cent, der bei den Arbeitslosen gestrichen wird, wird auch dem Handel entzogen. Das Geld dagegen, das den Reichen und Konzernen durch Abschaffung der Vermögenssteuer und sonstige Steuerbefreiungen und Vergünstigungen nachgeworfen wird, wandert nach Luxemburg oder sonstwohin, wo es den höchsten Profit verspricht.

### **Auswirkungen auf (fast) Alle!**

Die Auswirkungen der Hartz-Gesetze werden in der einen oder anderen Form auch Sie treffen, denn

- danach kann niemand mehr seines Arbeitsplatzes sicher sein;
- die Arbeitslosen haben noch weniger Geld zum Leben als bisher;
- für diejenigen, die Arbeit haben, werden Arbeitsbelastung und Stress rasant zunehmen;
- Fahr- und Arbeitszeit zusammen können eine 60-Stunden-Woche und länger ergeben;
- Familien und Beziehungen werden zerrissen.

### **Aktiv werden – gegen Hartz & Co. engagieren!**

Schlimme: Statt über die Auswirkungen von Hartz & Co. zu informieren, statt die Mitglieder zum Protest gegen die Entrechtung von Arbeitnehmern ebenso wie von Arbeitslosen aufzurufen, statt selber vehement zu protestieren, stimmen die Gewerkschaften dem auch noch zu.

### **Hartz IV stoppen, Rücknahme erreichen!**

- Überlegen Sie im Betrieb, mit den Kolleginnen und Kollegen, was Sie tun können;
- Rufen Sie Ihre Gewerkschaft zum Protest gegen die Hartz-Gesetze auf;
- Kopieren Sie dies Informationsblatt und geben Sie es weiter;
- Engagieren Sie sich in einer Initiative gegen die Hartz-Gesetze.

Der Widerstand gegen dies Gesetz muß aus den Betrieben, von den Betriebsräten, von Arbeitsloseninitiativen, von den Azubis und den Studenten, von den Gewerkschaftsmitgliedern kommen.

**S**tellen Sie sich vor, Sie werden in einen Autounfall verwickelt. Glasklare Sache, Sie standen an der roten Ampel, jemand ist Ihnen hinten draufgefahren. Und dann kommt auf einmal die Versicherung des anderen und sagt Ihnen :„Also, wir hatten in letzter Zeit so viele Schadensfälle, wir übernehmen nur einen Teil des Schadens. Den Rest müssen Sie selber tragen.“ Klar, daß Sie sich als Autofahrer sowas nicht gefallen lassen, sondern sich vehement engagieren, um Ihr Geld zu kriegen.

Genau das aber, was bei einer Autoversicherung zu Recht Empörung auslösen würde, lassen sich die Menschen bei anderen Versicherungen gefallen: Bei der Arbeitslosenversicherung werden wegen angeblichen Geldmangels seit vielen Jahren immer wieder die Leistungen gekürzt. Dabei haben die meisten dort sehr viel höhere Beträge eingezahlt als in die Autoversicherung.

### **Das Geld ist da!**

Was ist mit der Behauptung der Versicherungen (bzw. der Politiker), das Geld wäre knapp? Das stimmt nicht! Das Geld ist gar nicht knapp.

Das Geld wird nur für Zwecke ausgegeben, die normalerweise aus Steuermitteln zu bezahlen wären. Die Kosten der Wiedervereinigung, die Kosten der „Aus-siedler“ etc. - all das wird zum großen Teil über die Arbeitslosenversicherung finanziert.

Und das dafür verwendete Geld wird damit denen weggenommen, die oft jahrzehntlang Beiträge in diese Versicherung eingezahlt haben!

Die Profite der Wiedervereinigung, die Vermögen der Vereinigungsgewinnler, diese werden dagegen überhaupt nicht oder nur minimalst zur Finanzierung der Vereinigungskosten herangezogen.

Geld ist auch genug da bei den Reichen und Konzernen. In den letzten Jahren wurden laufend die Steuern für die Reichen und Großkonzerne gesenkt! Auch vielfache Millionäre brauchen keine Vermögenssteuer mehr zu bezahlen, denn die Vermögenssteuer wurde abgeschafft.

Jeder, der irgendwas im Laden kauft, zahlt dafür Mehrwertsteuer. Bei einem Firmenverkauf, wo es oft um Millionen geht, muß dagegen keine Steuer mehr gezahlt werden – die Steuer für Betriebsübernahmen wurde abgeschafft.

Viele geldstrotzende Weltkonzerne zahlen überhaupt keine Steuern mehr.

Ein immer größerer Anteil des Steueraufkommens wird dagegen von den Beschäftigten und – über die Mehrwertsteuer – sogar von den Arbeitslosen getragen!

### **Verringerung der Arbeitslosigkeit ist möglich!**

Der einzige Weg, die Arbeitslosigkeit wirklich zu verringern, ist die Verkürzung der Arbeitszeit und Abbau von Überstunden.

Wenn keine einzige Überstunde mehr gemacht würde, gäbe es mit einem Schlag eine Million mehr Arbeitsplätze und eine Million Arbeitslose weniger – und diese Menschen hätten dann richtige Arbeit! Jede Stunde, um die die Wochenarbeitszeit verkürzt wird, schafft mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze! Bei einer 30-Stunden-Woche für alle gäbe es keine Arbeitslosen mehr! Und sogar voller Lohnausgleich ist möglich!

### **Benachteiligung von „Älteren“:**

Es gibt praktisch einen Boykott von Firmen, über 45-jährige einzustellen. Dabei sind diese Menschen doch gerade im besten, leistungsfähigsten Alter! Ihre bisherige Benachteiligung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt wird jetzt nochmals per Gesetz durch Streichungen bei den Geldern für Arbeitslose verschärft! Kann man es nicht geradezu eine Enteignung nennen, wenn es für die teuer bezahlten Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit immer weniger und für immer kürzere Zeit Geld gibt?

Dabei kann man im Wirtschaftsteil jeder Zeitung nachlesen, wer Arbeitslosigkeit verursacht, wer Stellen streicht!

### **Benachteiligung der „Jüngeren“:**

Ebenso, nur in anderer Form, wird die Jugend, die nachwachsende Generation der Erwerbstätigen benachteiligt. Beträchtliche Teile der Jugendlichen haben inzwischen schon gar keine Chance mehr auf eine qualifizierte Ausbildung.

Allenthalben werden Stellen abgebaut und Arbeitsplätze wegrationalisiert. Auch bei der oft falscherweise „sozialverträglich“ genannten Variante, bei der es ohne Kündigungen abgeht, bleibt die Jugend, bleiben die Absolventen von den Hochschulen außen vor. Die Absenkung der Eingangsbezahlung im öffentlichen Dienst, (der die Gewerkschaft „ver.di“ zugestimmt hat), paßt nahtlos ins Bild einer Politik, die jüngeren Menschen viele Lebenschancen vorenthält.

Klar auch, daß eine Politik, die Jüngere ebenso wie Ältere benachteiligt, versucht, die Generationen gegeneinander auszuspielen.

Der Widerstand gegen eine solche Politik wird dann erfolgreich sein, wenn „Ältere“ und „Jüngere“, Beschäftigte und Arbeitslose sich gemeinsam wehren.

---

## **Anti-Hartz-Bündnis NRW!**

### **Unsere Agenda heißt 3010:**

- **30 Stunden sind genug, bei vollem Lohnausgleich!**
- **10 Euro Mindestlohn!**

Weitere Informationen und Kontakt:

**<http://www.anti-hartz-buendnis-nrw.de>** e-mail: **[info@anti-hartz-buendnis-nrw.de](mailto:info@anti-hartz-buendnis-nrw.de)**